

1974	Ausgegeben zu Bonn am 23. April 1974	Nr. 19
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
17. 4. 74	Gesetz zu dem Abkommen vom 29. Januar 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Liberia über die Einrichtung und den Betrieb eines Fluglinienverkehrs zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus	317

Gesetz
zu dem Abkommen vom 29. Januar 1970
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Liberia
über die Einrichtung und den Betrieb eines Fluglinienverkehrs
zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus

Vom 17. April 1974

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Monrovia am 29. Januar 1970 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Liberia über die Einrichtung und den Betrieb eines Fluglinienverkehrs zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 17. April 1974

Der Bundespräsident
Heinemann

Der Bundeskanzler
Brandt

Der Bundesminister für Verkehr
Lauritzen

Für den Bundesminister des Auswärtigen
Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
J. Ertl

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Liberia
über die Einrichtung und den Betrieb eines Fluglinienverkehrs
zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus

Agreement
between the Federal Republic of Germany and the Republic of Liberia
for the Establishment and Operation of Air Services
between and beyond their Respective Territories

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Liberia

The Federal Republic of Germany
and
the Republic of Liberia

im folgenden als Vertragsparteien bezeichnet,

hereinafter referred to as the Contracting Parties

haben als Vertragsparteien des Übereinkommens über die Internationale Zivilluftfahrt, das am 7. Dezember 1944 in Chicago zur Unterzeichnung aufgelegt wurde,

being Contracting Parties to the Convention on International Civil Aviation opened for signature at Chicago on the Seventh day of December, 1944,

und in dem Wunsche,

and desiring

ein Abkommen über den Betrieb des Fluglinienverkehrs zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus abzuschließen,

to enter into an Agreement for the Operation of Air Services between and beyond their respective Territories,

folgendes vereinbart:

have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, sofern sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt:

For the purpose of the present Agreement, unless the context otherwise requires:

- | | |
|--|---|
| <p>a) „Luftfahrtbehörde“ in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Verkehr und in bezug auf die Republik Liberia den Minister für Handel und Industrie oder in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Ausübung der diesen obliegenden Aufgaben ermächtigt ist.</p> <p>b) „Übereinkommen“ das am 7. Dezember 1944 in Chicago zur Unterzeichnung aufgelegte Übereinkommen über die Internationale Zivilluftfahrt und umfaßt alle gemäß Artikel 90 dieses Übereinkommens angenommenen Anhänge und alle Ergänzungen der Anhänge oder des Übereinkommens gemäß Artikel 90 und 94.</p> <p>c) „Fluglinienverkehr“, „internationaler Fluglinienverkehr“, „Luftverkehrsunternehmen“, „Landung zu nicht-gewerblichen Zwecken“ dasselbe wie im Übereinkommen festgelegt.</p> <p>d) „Beförderungsangebot“ in bezug auf ein Luftfahrzeug, die auf einer Linie oder einem Abschnitt einer Linie verfügbare Nutzlast dieses Luftfahrzeuges und in bezug auf einen festgelegten Fluglinienverkehr das Beförderungsangebot eines in diesem Verkehr eingesetzten Luftfahrzeuges, multipliziert mit der Häufigkeit, mit der dieses Luftfahrzeug in einer gegebenen Zeit auf einer gegebenen Linie oder dem Abschnitt einer Linie betrieben wird.</p> <p>e) „Bezeichnetes Unternehmen“ ein oder mehrere Luftverkehrsunternehmen, das eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei gemäß Artikel 2 dieses Abkommens schriftlich bezeichnet hat.</p> | <p>a) The term „aeronautical authorities“ means, in the case of the Republic of Liberia, the Secretary of Commerce and Industry and in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Minister of Transport or in both cases any person or agency authorized to perform the functions exercised by the said authorities.</p> <p>b) The term „the Convention“ means the Convention on International Civil Aviation opened for signature at Chicago on the Seventh day of December, 1944, and includes any Annex adopted under Article 90 of that Convention and any amendment of the Annexes or Convention under Article 90 and 94 thereof.</p> <p>c) The term „air services“, „international air service“, „airline“, and „stop for non-traffic purposes“, have the meanings specified in the Convention.</p> <p>d) The term „capacity“ in relation to an aircraft means the load of that aircraft available on a route or section of a route; and the term „capacity“ in relation to a specified air service means the capacity of the aircraft used on such service, multiplied by the frequency operated by such aircraft over a given period and route or section of a route.</p> <p>e) The term „designated airline(s)“ means an airline or airlines, which one Contracting Party shall have designated in writing to the other Contracting Party, in accordance with Article 2 of this Agreement.</p> |
|--|---|

- f) „Sperrgebiet“ das Gebiet und den darüber befindlichen Luftraum, dessen Über- oder Durchfliegen mit jeder Art von Luftfahrzeugen von jeder Partei gemäß Artikel 9 des Übereinkommens verboten werden kann.
- g) „Hoheitsgebiet“ in bezug auf eine Vertragspartei die Landgebiete und daran angrenzenden Hoheitsgewässer, die unter der Staatshoheit, Oberhoheit, dem Schutz oder der Treuhandschaft dieser Vertragspartei stehen.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei ist berechtigt, der anderen Vertragspartei ein oder mehrere Unternehmen für den Betrieb des Fluglinienverkehrs nach diesem Abkommen auf der im entsprechenden Abschnitt des Fluglinienplans zu diesem Abkommen festgelegten Fluglinie (im folgenden als „vereinbarte Linien“ bezeichnet) schriftlich zu bezeichnen. Nach Empfang der Bezeichnung eines Unternehmens erteilt die andere Vertragspartei vorbehaltlich von Absatz 2 dieses Artikels und Artikel 7 unverzüglich die entsprechende Betriebsgenehmigung.

(2) Vor Erteilung der Genehmigung nach Absatz 1 kann die Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei von dem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, dieses Abkommen sowie die nach den Gesetzen und Bestimmungen vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen, die diese Behörde normalerweise an den Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs stellt.

(3) Der vereinbarte Fluglinienverkehr kann jederzeit von einem derart bezeichneten und berechtigten Unternehmen aufgenommen werden, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt sind.

(4) Der Betrieb des Fluglinienverkehrs in den von einer Vertragspartei zu Sperrgebieten erklärten Gebieten unterliegt der Genehmigung der Vertragspartei.

(5) Lufttüchtigkeitszeugnisse, Befähigungszeugnisse, Erlaubnisscheine und Lizenzen, die von einer Vertragspartei ausgestellt oder als gültig anerkannt sind und nach dem Übereinkommen noch gelten, werden von der anderen Vertragspartei für den Betrieb der im Fluglinienplan festgelegten Linien und Dienste als gültig anerkannt. Jede Vertragspartei behält sich jedoch das Recht vor, die Anerkennung von Befähigungszeugnissen und Lizenzen, die ihren eigenen Staatsangehörigen von der anderen Vertragspartei gewährt worden sind, für Flüge über ihrem eigenen Hoheitsgebiet zu verweigern.

(6) Die Gesetze, Vorschriften, Regeln und Anweisungen einer Vertragspartei, insbesondere diejenigen, die sich auf den Einflug von Fluggästen, Besatzungen, Fracht oder Luftfahrzeugen im internationalen Luftverkehr in ihr Hoheitsgebiet oder das Verlassen desselben beziehen (z. B. Vorschriften über Einreise, Ausreise, Einwanderung, Paßwesen, Zollwesen und Quarantäne), finden Anwendung auf die Fluggäste, Besatzungen, Fracht und Luftfahrzeuge des bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei während des Aufenthalts innerhalb des Hoheitsgebiets der erstgenannten Vertragspartei.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs durch das bezeichnete Unternehmen folgende Rechte:

- a) das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne Landung zu überfliegen;

f) The term "prohibited area" means the area and the air space above that area over or through which any prohibition to the flying of an aircraft of any description may be imposed by the Party concerned in accordance with Article 9 of the Convention.

g) The term "territory" in relation to a Contracting Party means the land areas and territorial waters adjacent thereto under the sovereignty, suzerainty, protection or trusteeship of that Contracting Party.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall have the right to designate in writing to the other Contracting Party one or more airlines for the purpose of operating by virtue of the present Agreement air services on the route specified in the appropriate section of the Route Schedule to the present Agreement (hereinafter referred to as the agreed routes). On receipt of the designation of an airline, that other Contracting Party shall, subject to the provision of paragraph 2 of this Article and of Article 7 of the present Agreement, without delay grant to that airline the appropriate operating authorization.

(2) Before granting the authorization referred to in paragraph 1 of this Article, the aeronautical authorities of one Contracting Party may require an airline designated by the other Contracting Party to satisfy them that it is qualified to fulfill the present Agreement and the conditions prescribed under the laws and regulations which they normally apply in respect to the operation of airlines.

(3) At any time after the provisions of paragraph 1 of this Article have been complied with, an airline as designated and authorized, may begin to operate the agreed services.

(4) The operation of the air services in the areas declared as prohibited areas by a Contracting Party shall be subject to the approval of the Contracting Party.

(5) Certificates of airworthiness, certificates of competency, qualifications and licences issued or rendered valid by one Contracting Party and still in force in accordance with the Convention, shall be recognized as valid by the other Contracting Party for the purpose of operating the route and services specified in the Route Schedule. Each Contracting Party reserves the right however, to refuse to recognize, for the flight over its own territory, certificates of competency and licences granted to its own national(s) by the other Contracting Party.

(6) The laws, rules, regulations and instructions of one Contracting Party, especially those relating to the entry into or departure from its territory of passengers, crew, cargo or aircraft engaged in international air navigation (such as regulations relating to entry, exit, immigration, passports, customs and quarantine) shall be applicable to the passengers, crew, cargo and aircraft of the designated airline(s) of the other Contracting Party, while within the territory of the former Contracting Party.

Article 3

(1) For the purpose of operating international air services by the designated airline(s), each Contracting Party grants to the other Contracting Party the following rights:

- a) to fly without landing across the territory of the other Contracting Party;

- b) in dem genannten Hoheitsgebiet zu nichtgewerblichen Zwecken zu landen;
- c) in dem genannten Hoheitsgebiet an den im Fluglinienplan bezeichneten Punkten Fluggäste, Post und Fracht im internationalen Verkehr aufzunehmen oder abzusetzen.

(2) Die Linien, auf welchen die bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien internationalen Fluglinienverkehr betreiben können, werden in einem Fluglinienplan festgelegt, der durch Notenwechsel zwischen den Regierungen der Vertragsparteien vereinbart wird.

Artikel 4

(1) Die bezeichneten Unternehmen teilen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens 30 Tage vor Aufnahme des Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 3 Absatz 2 festgelegten Linien die Art der Dienste, die vorgesehenen Flugzeugmuster und die Flugpläne mit. Entsprechendes gilt für spätere Änderungen.

(2) Die Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei übermittelt der Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen des bezeichneten Unternehmens, die billigerweise angefordert werden können, um das auf den nach Artikel 3 Absatz 2 festgelegten Linien von einem bezeichneten Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen enthalten alle Angaben, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 5

(1) Die Tarife, die auf den nach Artikel 3 Absatz 2 festgelegten Linien für Fluggäste und Fracht anzuwenden sind, werden unter Berücksichtigung aller Umstände, wie der Kosten des Betriebs, eines angemessenen Gewinns, der besonderen Gegebenheiten der verschiedenen Linien und der von anderen Unternehmen, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, angewendeten Tarife festgesetzt. Bei der Festsetzung soll nach den Bestimmungen der folgenden Absätze verfahren werden.

(2) Die Tarife werden, wenn möglich, für jede Linie zwischen den beteiligten bezeichneten Unternehmen vereinbart. Hierbei richten sich die bezeichneten Unternehmen nach den Beschlüssen, die auf Grund des Tariffestsetzungsverfahrens des Internationalen Luftverkehrsverbandes (IATA) angewendet werden können, oder sie sollen sich über die Tarife nach einer Beratung mit den Luftverkehrsunternehmen dritter Staaten, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, wenn möglich unmittelbar untereinander verständigen.

(3) Die auf diese Weise vereinbarten Tarife werden den Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien spätestens 30 Tage vor dem in Aussicht genommenen Inkrafttreten der Tarife zur Genehmigung vorgelegt. Dieser Zeitraum kann in besonderen Fällen verkürzt werden, wenn die Luftfahrtbehörden damit einverstanden sind.

(4) Kommt zwischen den bezeichneten Unternehmen eine Einigung nach Absatz 2 nicht zustande oder erklärt sich eine Vertragspartei mit den ihr nach Absatz 3 zur Genehmigung vorgelegten Tarifen nicht einverstanden, so sollen die Luftfahrtbehörden der beiden Vertragspar-

b) to make stops in the said territory for non-traffic purposes;

c) to embark and disembark at the point(s) in the said territory named in the Route Schedule international traffic in passengers, mail and cargo.

(2) The routes over which the designated airline(s) of the Contracting Parties will be authorized to operate international air services shall be specified in a Route Schedule to be agreed upon in an exchange of Notes between the Governments of the Contracting Parties.

Article 4

(1) The designated airline(s) shall communicate to the aeronautical authorities of both Contracting Parties not later than thirty days prior to the inauguration of air services on the routes specified in accordance with paragraph 2 of Article 3 of the present Agreement the type of service(s), the type of aircraft to be used and the flight schedules. This shall likewise apply to later changes.

(2) The aeronautical authorities of either Contracting Party shall furnish to the aeronautical authorities of the other Contracting Party at their request such periodic or other statistical data of the designated airline(s) as may be reasonably required for the purpose of reviewing the capacity provided by any designated airline(s) of the first Contracting Party on the routes specified in accordance with paragraph 2 of Article 3 of the present Agreement. Such data shall include all information required to determine the amount of traffic carried and the origins and destinations of such traffic.

Article 5

(1) In fixing rates to be charged for passengers and freight on the routes specified in accordance with paragraph 2 of Article 3 of the present Agreement, account shall be taken of all factors, such as cost of operation, reasonable profit, the characteristics of the various routes and the rates charged by any other airlines which operate over the same routes or parts thereof. In fixing such rates, the provisions of the following paragraphs should be observed.

(2) The rates shall, if possible, be agreed upon for each route between the designated airline(s) concerned. For this purpose the designated airline(s) should be guided by such decisions as are applicable under the traffic conference procedures of the International Air Transport Association (IATA), or should, if possible, agree on such rates directly between themselves after consulting with airlines of third countries which operate over the same routes or parts thereof.

(3) Any rates so agreed upon shall be submitted for approval to the aeronautical Authorities of both Contracting Parties at least thirty days prior to the proposed date of their introduction. This period may be reduced in special cases if the aeronautical authorities so agree.

(4) If no agreement has been reached between the designated airline(s) in accordance with paragraph 2 above, or if one of the Contracting Parties does not consent to the rates submitted for its approval in accordance with paragraph 3 above, the aeronautical authorities of the

teien die Tarife derjenigen Linien und Linienteile, für die eine Übereinstimmung oder Zustimmung nicht erreicht wurde, durch Vereinbarung festsetzen.

(5) Jedes bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei kann in den Flughäfen und Städten im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei seine eigene Vertretung errichten und unterhalten und für seine Geschäfte sein eigenes Personal beschäftigen.

Artikel 6

(1) Die von einem bezeichneten Unternehmen der einen Vertragspartei verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einfliegen und aus ihm wieder ausfliegen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen Treibstoffe, Schmieröle, Ersatzteile, üblichen Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben. Das gilt auch, soweit die an Bord der genannten Luftfahrzeuge befindlichen Waren auf dem Flug über dem Hoheitsgebiet der letztgenannten Vertragspartei verbraucht werden.

(2) Treibstoffe, Schmieröle, Bordvorräte, Ersatzteile oder übliche Ausrüstungsgegenstände, die in das Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei vorübergehend eingebracht werden, um unmittelbar oder nach Lagerung in die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei eingebaut oder sonst an Bord genommen zu werden oder aus dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei auf andere Weise wieder ausgeführt zu werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben.

(3) Treibstoffe und Schmieröle, die im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei an Bord der Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei genommen und im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, bleiben frei von den in Absatz 1 bezeichneten Zöllen und sonstigen Abgaben und von etwaigen besonderen Verbrauchsabgaben.

(4) Auf die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Güter werden keine Zölle oder sonstigen Abgaben erhoben, und sie unterliegen keinerlei wirtschaftlichen Verboten oder Beschränkungen.

(5) Eine Vertragspartei kann die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren unter Zollüberwachung halten.

Artikel 7

Wird von einer Vertragspartei nicht nachgewiesen, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums und die tatsächliche Kontrolle eines Unternehmens der anderen Vertragspartei oder ihren Staatsangehörigen zustehen, oder hält ein bezeichnetes Unternehmen der anderen Vertragspartei die Gesetze und Vorschriften der erstgenannten Vertragspartei nicht ein, so hat jede Vertragspartei das Recht, nach Konsultation mit der anderen Vertragspartei die Bezeichnung eines Unternehmens abzulehnen, zu verweigern oder zu widerrufen oder in bezug auf eine Betriebsgenehmigung alle für erforderlich erachteten Bedingungen aufzuerlegen. Im Falle einer Maßnahme einer Vertragspartei nach diesem Artikel bleiben die Rechte der anderen Vertragspartei aus Artikel 11 unberührt.

Artikel 8

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in ihrem Hoheitsgebiet einem in Not geratenen Luftfahrzeug der

two Contracting Parties should by common accord fix those rates for routes or parts thereof or which there is disagreement or lack of consent.

(5) Each airline designated by either Contracting Party may establish and maintain its Agency and employ its personnel for its business transaction at the airports and cities of the territory of the other Contracting Party.

Article 6

(1) Aircraft operated by the designated airline(s) of either Contracting Party and entering, departing again from, flying across the territory of the other Contracting Party, as well as fuel, lubricants, spare parts, regular equipment and aircraft stores on board such aircraft, shall be exempt from customs duties and other charges levied on the occasion of importation, exportation or transit of goods. This shall also apply to goods on board the aircraft consumed during the flight across the territory of the latter Contracting Party.

(2) Fuel, lubricants, aircraft stores, spare parts and regular equipment, temporarily brought into the territory of either Contracting Party, there to be immediately or after storage installed in or otherwise taken on board the aircraft of the designated airline(s) of the other Contracting Party, or to be otherwise exported again from the territory of the former Contracting Party, shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph 1 of this Article.

(3) Fuel and lubricants taken on board the aircraft of the designated airline(s) of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party and used in international air services, shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph 1 of this Article, as well as from any other special consumption charges.

(4) No duties or other charges shall be imposed on goods mentioned in paragraphs 1 to 3 of this Article and there shall be no economic prohibitions or restrictions on these goods.

(5) Each Contracting Party may keep the goods mentioned in paragraphs 1 to 3 of this Article under customs supervision.

Article 7

Each Contracting Party shall have the right after consultation with the other Contracting Party to refuse to accept, withhold or revoke the designation of an airline or to impose appropriate conditions as it may deem necessary with respect to an operating permission, in case it is not satisfied that substantial ownership and effective control of the airlines are vested in the other Contracting Party, or its nationals or in case of failure by designated airline(s) of the other Contracting Party to comply with the laws and regulations of the former Contracting Party. In the event of action by one Contracting Party under this Article the rights of the other Contracting Party under Article 11 shall not be prejudiced.

Article 8

(1) Each Contracting Party undertakes to offer assistance in its territory to a distressed aircraft of the other

anderen Vertragspartei, das in der Ausführung des vereinbarten Fluglinienverkehrs eingesetzt ist, Unterstützung zu gewähren; diese Unterstützung soll in gleicher Weise erfolgen, als wenn sie einem ihrer eigenen Luftfahrzeuge, das ähnlichen internationalen Fluglinienverkehr durchführt, gewährt würde.

(2) Stößt einem solchen Luftfahrzeug ein Unfall zu, der den Tod oder die Verletzung von Personen oder eine ernsthafte Beschädigung des Luftfahrzeugs oder von Sachwerten zur Folge hat, untersucht die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Unfall eintritt, die Umstände des Unfalls. Die Vertragspartei, der das Luftfahrzeug untersteht, ist berechtigt, Beobachter zu entsenden, die bei der Untersuchung mitwirken. Ein Bericht über das Ergebnis ist von der die Untersuchung führenden Partei der anderen Vertragspartei zu übermitteln.

Artikel 9

(1) Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien finden nach Bedarf eine Erörterung und ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit in allen die Anwendung dieses Abkommens berührenden Angelegenheiten herbeizuführen.

(2) Jede Vertragspartei kann jederzeit eine Konsultation mit der anderen Vertragspartei beantragen, wenn sie es für wünschenswert hält, eine Bestimmung dieses Abkommens oder den Fluglinienplan abzuändern oder zu ergänzen. Diese Konsultation beginnt innerhalb von 60 Tagen nach dem Zeitpunkt des Antrages. Abänderungen, die zwischen den Vertragsparteien als Ergebnis dieser Konsultation vereinbart werden, treten in Kraft:

- a) in bezug auf die Bestimmungen des Abkommens, wenn die Vertragsparteien durch einen Notenwechsel auf diplomatischem Wege bestätigen, daß die jeweiligen verfassungsmäßigen Verfahren, die erforderlich sind, um diesen Abänderungen Gültigkeit zu verleihen, erfüllt sind; und
- b) in bezug auf die Bestimmungen des Fluglinienplans, wenn sie durch einen Notenwechsel bestätigt worden sind.

Artikel 10

(1) Jede Vertragspartei kann der anderen Vertragspartei jederzeit ihren Wunsch schriftlich mitteilen, dieses Abkommen zu kündigen. Die Kündigung ist gleichzeitig der anderen Vertragspartei und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation mitzuteilen. Dieses Abkommen läuft ein Jahr nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei ab, sofern die Kündigung nicht durch Vereinbarung vor Ablauf dieser Frist zurückgezogen wird.

(2) Wenn eine Empfangsbestätigung durch die andere Vertragspartei nicht erfolgt, gilt die Kündigung 14 Tage nach Empfang durch die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation als eingegangen.

Artikel 11

(1) Bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens und/oder des Fluglinienplans werden sich die Vertragsparteien zunächst bemühen, diese auf dem Verhandlungswege beizulegen. Gelingt es den Ver-

Contracting Party, used for the exploitation of specified air services; said assistance shall be in the same manner as though it were concerning its own aircraft operating similar international service.

(2) In case an accident occurs to such an aircraft causing death or injury to person(s) or serious damage to aircraft or property, the Contracting Party in whose territory the accident occurs shall investigate into the circumstances of the accident. The Contracting Party to whom the aircraft is related shall be authorized to send observers who shall assist in the investigation. A report of the findings is to be communicated to the other Contracting Party by the Party conducting the investigation.

Article 9

(1) There shall be a discussion and an exchange of views whenever necessary, between the aeronautical authorities of the Contracting Parties to ensure close collaboration in all matters affecting fulfilment of the present Agreement.

(2) Either Contracting Party may, at any time, request consultation with the other Party if the former Party considers it desirable to modify or amend any provision of the present Agreement or its Route Schedule. Such consultation shall begin within sixty days from the date of the request. Modifications agreed upon between the Contracting Parties as a result of such consultations shall come into effect:

- a) in respect of provisions of the Agreement when the Contracting Parties confirm by an Exchange of Notes through the diplomatic channel that the respective constitutional procedures required to give effect to such modifications have been carried out; and
- b) in respect of the provisions of the Route Schedule when confirmed by an Exchange of Notes.

Article 10

(1) Either Contracting Party may, at any time, give notice in writing to the other Party of its desire to terminate this Agreement. Such notice shall be simultaneously communicated to the other Contracting Party and the International Civil Aviation Organization. This Agreement shall then terminate one year after the date of receipt of the notice by the other Party, unless the notice is withdrawn by Agreement before the expiry of this period.

(2) In the absence of acknowledgment of receipt by the other Contracting Party notice shall be deemed to have been received fourteen days after the receipt of the notice by the International Civil Aviation Organization.

Article 11

(1) If any dispute arises between the Contracting Parties relating to the interpretation or application of the present Agreement and/or its Route Schedule, the Contracting Parties shall in the first place endeavour to settle it by negotiation between themselves. If the

tragsparteien nicht, auf dem Verhandlungswege eine Regelung zu erreichen, vereinbaren sie hiermit, die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht zur Entscheidung vorzulegen.

(2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen. Jede Vertragspartei bestellt einen Schiedsrichter, und die beiden Schiedsrichter einigen sich auf die Bestellung eines Angehörigen eines dritten Staates zum Obmann. Wenn die beiden Schiedsrichter innerhalb von 60 Tagen nach dem Zeitpunkt, in dem eine der beiden Vertragsparteien eine schiedsgerichtliche Regelung verlangt hat, nicht benannt worden sind oder wenn im Verlauf der darauffolgenden 30 Tage die Schiedsrichter sich nicht auf die Bestellung eines Obmanns geeinigt haben, kann jede Vertragspartei den Präsidenten des Rates der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation bitten, für die Vertragsparteien die erforderliche Bestellung vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident, der ihn vertritt, die Ernennung vornehmen.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsparteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Schiedsrichters sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns und alle sonstigen Kosten im Zusammenhang mit der Schlichtung werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(4) Versäumt es eine Vertragspartei oder ein von einer Vertragspartei bezeichnetes Unternehmen, einer nach Absatz 3 ergangenen Entscheidung nachzukommen, kann die andere Vertragspartei alle Rechte einschränken, vorhalten oder widerrufen, die sie auf Grund dieses Abkommens der säumigen Vertragspartei oder dem säumigen bezeichneten Unternehmen dieser Vertragspartei gewährt hat.

Artikel 12

Tritt ein von den Vertragsparteien angenommenes allgemeines, mehrseitiges Luftverkehrsübereinkommen in Kraft, so gehen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen über die Feststellung, inwieweit die Bestimmungen eines mehrseitigen Übereinkommens dieses Abkommen aufheben, ersetzen, ändern oder ergänzen, finden nach Artikel 9 Absatz 2 dieses Abkommens statt.

Artikel 13

Alle Bezugnahmen auf das „Abkommen“ gelten auch für den Fluglinienplan.

Artikel 14

Dieses Abkommen, alle seine Änderungen und jeder Notenwechsel nach Artikel 3 Absatz 2 werden der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Registrierung mitgeteilt.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt 30 Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Contracting Parties fail to reach a settlement by negotiation they hereby agree to refer the dispute for decision to an arbitral tribunal.

(2) The arbitral tribunal shall be composed of three members. Each of the two Contracting Parties shall designate one arbitrator, and the two arbitrators shall agree on the designation of a national of a third country for chairman-ship. If the two arbitrators have not been designated within sixty days from the date on which one of the two Contracting Parties have proposed settlement of the dispute by arbitration or if in the course of the following thirty days arbitrators have not agreed on the designation of a chairman, either Contracting Party may request the President of the Council of International Civil Aviation Organization to proceed with the necessary designation on behalf of the Contracting Parties. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented, the Vice President deputising for him shall make the necessary designation.

(3) The decision of the arbitral tribunal shall be by majority vote. Such decision shall be binding on both Contracting Parties. Each Contracting Party shall bear the cost of its own arbitrator as well as of its representation at the arbitral proceeding. The cost of the Chairman and any other cost incidental to the arbitration shall be borne in equal part by the Contracting Parties. In all other respects the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

(4) If either Contracting Party or a designated airline of either Contracting Party fails to comply with the decision given under paragraph 3 of this Article, the other Contracting Party may limit, withhold, or revoke any rights which it has granted by virtue of the present Agreement to the Contracting Party in default or to the designated airline(s) of the said Contracting Party in default.

Article 12

In the event of a general multilateral air transport convention accepted by both Contracting Parties entering into force, the provisions of the multilateral convention shall prevail. Any discussion with a view to determining the extent to which the present Agreement is terminated, superseded, amended or supplemented by the provisions of the multilateral convention, shall take place in accordance with paragraph 2 of Article 9 of the present Agreement.

Article 13

All references to the "Agreement" shall include the Route Schedule.

Article 14

The present Agreement, any amendments to it and any exchange of Notes under paragraph 2 of Article 3 of the present Agreement shall be communicated to the International Civil Aviation Organization for registration.

Article 15

(1) The present Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) The present Agreement shall enter into force 30 days after the exchange of the instruments of ratification.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Agreement and have affixed thereto their seals.

GESCHEHEN zu Monrovia am 29. Januar 1970 in doppelter Urschrift, in deutscher und englischer Sprache, wobei der Wortlaut beider Sprachen verbindlich ist.

DONE at Monrovia, this 29th day of January, 1970, in two originals in the English and German languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W. Eger

For the Federal Republic of Germany
W. Eger

His Excellency Wolfgang Eger
Ambassador Extraordinary & Plenipotentiary

Für die Republik Liberia
Magnus A. Jones

For the Republic of Liberia
Magnus A. Jones

Honourable Magnus A. Jones
Secretary of Commerce & Industry

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 31,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,85 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1972 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,05 DM (0,85 DM zuzüglich —,20 DM Versandkosten); bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,35 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.